

Zeitschrift: Collage : Zeitschrift für Raumentwicklung = périodique du développement territorial = periodico di sviluppo territoriale

Herausgeber: Fédération suisse des urbanistes = Fachverband Schweizer Raumplaner

Band: - (2013)

Heft: 4

Artikel: "Die Ressource Landschaft hemmt die qualitätsvolle Gestaltung unseres städtischen Lebensraumes"

Autor: Schneeberger, Paul

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-957238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Ressource Landschaft hemmt die qualitätsvolle Gestaltung unseres städtischen Lebensraumes»

PAUL SCHNEEBERGER

Redaktion NZZ Schweiz.

Interview geführt durch Isabelle Rihm und Dominik Frei; Redaktion COLLAGE.

Die COLLAGE-Redaktion hat sich mit Paul Schneeberger über die verschiedenen regionalen Haltungen, Unterschiede und Themen in der Schweizerischen Raumplanung unterhalten. Der Journalist verfolgt seit vielen Jahren die nationalen Diskussionen und bezieht im Gespräch mit der COLLAGE deutlich Stellung: Kernstädte und Agglomerationen sollen vermehrt voneinander lernen. Weiter braucht es eine gemeinsam geplante Raum- und Infrastrukturpolitik, die dank klaren raumplanerischen Zielen und darauf ausgerichteten Finanzmitteln diesen Namen auch verdient, und schliesslich fordert Schneeberger, die Schweiz solle ihren heutigen «Bühnenauftritt» zunächst mit demjenigen der Niederlande vergleichen, um neue raumplanerische Ansätze zu finden.

COLLAGE (C): Paul Schneeberger, als Journalist haben Sie sich während der Abstimmung zum Raumplanungsgesetz (RPG) intensiv mit den verschiedenen raumplanerischen Fragestellungen, Planungskulturen und regionalen Empfindlichkeiten in der Schweiz auseinander gesetzt. Welche regionale Haltung hat Sie am meisten überrascht?

PAUL SCHNEEBERGER (PS): Auffällig war die lange unklare Haltung der Westschweizer Kantone zum Raumplanungsgesetz. Insbesondere die ablehnende Haltung der Mitte-Parteien im Kanton Genf – der ja in Sachen Raumplanung mustergültig ist – hat mich und auch unseren Westschweizer Korrespondenten überrascht. Wir interpretierten die Situation als eine Art Solidaritätsbekundung gegenüber dem Kanton Wallis. Am Ende war das Resultat aber auch in der Romandie deutlich. Bei den Bergkantonen war dann insbesondere der Unterschied zwischen den topografisch ähnlichen Kantonen Wallis und Graubünden auszumachen, wo in Graubünden einmal mehr die Bundestreue zum Ausdruck kam und am Ende nur der «Sonderfall» Wallis übrig blieb.

C: Gab es für Sie während der Abstimmung spezifische Themen, welche ein besonderes Gewicht hatten?

PS: Von Seiten der Gegner wurde oft betont, dass mit dem Raumplanungsgesetz städtische Haltungen gegenüber ländlichen Haltungen durchgesetzt werden. Dies ist nicht von der Hand zu weisen. Mit dem «Ja» zum Raumplanungsgesetz und auch zur Zweitwohnungsinitiative hat sich für einmal die städtische Gesellschaft der Schweiz in Volksabstimmungen durchgesetzt.

Hier stellt sich eigentlich die generelle Frage, was noch die «ländliche» Schweiz ist. In einer europäischen Perspektive ist der Lebensraum Schweiz doch einfach ein städtischer Raum

mitte in Europa. Daran ändert auch die Kleinräumigkeit der Schweiz nichts. Wenn ich durch das Prättigau fahre, gewinne ich den Eindruck, die Agglomeration Zürich ende erst in Klosters.

C: Ist Raumplanung somit ein Thema der Werthaltungen von Stadt, Agglomeration und Land?

PS: In der Agglomeration sind ländliche Werthaltungen stark vertreten. Im Buchprojekt «DAHEIM eine Reise durch die Agglomeration» (siehe Link), das ich zusammen mit Matthias Daum von der ZEIT realisiere, stellen wir fest, dass die Bewohnerinnen/Bewohner der Agglomeration sich als «auf dem Land Wohnende» fühlen. Also eine grosse Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität besteht. Die Kernstädter dagegen beanspruchen mit einer gewissen Überheblichkeit das Urbane für sich.

C: Muss denn die Agglomeration zur Stadt werden oder soll sie so bleiben wie sie ist?

PS: Meiner Meinung nach sollten beide Seiten etwas voneinander lernen. Gerade in diesem Buchprojekt, welches den Raum zwischen Zürich und Koblenz (Limmattal, unteres Aaretal) behandelt, kommt zum Ausdruck, dass die Kernstadt als fertig wahrgenommen wird und alles vorgegeben ist. Im Limmattal scheint ab Schlieren der Lebensraum jedoch wieder wilder und heterogener. Das städtische Experimentierfeld beginnt also erst in der Agglomeration.

Beide Seiten müssen sich öffnen, sonst geht die Entwicklung des Lebensraumes nicht weiter. Einerseits muss die «Unbeweglichkeit» der Städte aufgebrochen werden. Denn irgendwann ist in der Stadt die letzte Brache entwickelt und

dann muss man sich fragen: wie weiter?

Andererseits muss die Agglomeration zwingend mehr Stadt werden. Das Kongresshaus Zürich könnte zum Beispiel in Schlieren oder Dietikon realisiert werden. So könnte sich die Kernstadt Zürich entlasten, in der zentrale Gebiete weitgehend überbaut sind. Die Agglomeration erhielte damit eine höhere Bedeutung.

C: Das Thema Agglomeration würden wir gerne später noch vertiefen, bleiben wir bei den regionalen Unterschieden bei der Raumplanung Schweiz. Können Sie welche ausmachen?

PS: Es ist schwierig, eindeutige regionale Unterschiede in der Raumplanung Schweiz auszumachen. Das Bewusstsein für Raumplanung hängt stark mit dem Problemdruck bei der Gestaltung des Lebensraumes zusammen. Ausgehend von den Städten Richtung Peripherie und Land sinken Problemdruck

«Das eigentliche städtische Experimentierfeld beginnt erst in der Agglomeration.»

und damit die Akzeptanz der Raumplanung. So wirkt der Kanton Zürich für mich funktional und gestalterisch besser strukturiert als der Kanton Aargau. Es scheint, als müssten peripher liegende Regionen dieselben Lernprozesse durchlaufen wie die Kernstädte, einfach zeitlich verschoben. Ein gutes Beispiel ist der Kanton Zug: Neben dem Kanton Genf erlebt Zug wohl als einziger gesamter Kanton, was eine kernstädtische Problematik mit Gentrifizierung, Bodenknappheit und rasanter Veränderung im Lebensraum bedeutet. Der Problemdruck ist hier gross und die stark lenkenden Massnahmen der Raumplanung entsprechend breit akzeptiert.

C: Bis vor wenigen Jahren war Raumplanung für die Öffentlichkeit kaum ein Thema ... langweilig, theoretisch und meist auch lästig weil einschränkend. Seit einigen Jahren ist Raumplanung in aller Munde. Können Sie sich diesen Wechsel der Wahrnehmung und öffentlichen Gewichtung erklären? Was sind die Gründe dafür?

PS: Das Bewusstsein für Raumplanung in der Schweiz ist wieder gestiegen, seit wir in den letzten fünf Jahren mit einem starken Bevölkerungswachstum konfrontiert sind. Der Problemdruck hat die Raumplanung zu einem breit diskutierten Thema gemacht. In der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, das Raumplanungsgesetz, das eigentlich nur ein eidgenössisches Rahmengesetz für die Bautätigkeit ist, soll alle raumrelevanten Probleme regeln. Das ist schlicht ein Fehlschluss.

Und schliesslich ist es paradox, dass in der politischen Debatte zu Infrastrukturprojekten das Bewusstsein beinahe inexistent ist, dass diese Projekte auf lange Frist sehr stark raumgestaltend und prägend sind. Dabei müssten zu Infrastrukturprojekten wie z.B. bei der S-Bahn in Lausanne und der Regio-S-Bahn in Basel starke flankierende raumplanerische Massnahmen verknüpft und die Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung im Einzugsgebiet der neuen Infrastruktur bindend festgelegt werden.

C: Welches erachten Sie als die grössten Herausforderungen der Raumplanung Schweiz bei der Sicherung der Qualitäten für den Lebensraum?

PS: Das vernetzte Denken sowie eine Raum- und Infrastrukturpolitik, welche diesen Namen verdient. Also zuerst die raumplanerischen Ziele für die Entwicklung des Lebensraums definieren und anschliessend die Finanzmittel dazu zur Verfügung stellen. Bei der Verkehrsinfrastruktur wird jedoch genau umgekehrt vorgegangen: Hier werden zuerst die Finanzmittel zur Verfügung gestellt, anschliessend entsteht ein «Kuhhandel» über die Ziele der entsprechenden Verkehrsinfrastrukturmassnahmen – Raumplanung ist dabei aber stets kein Thema.

Gerade die SBB hat hier eine Doppelrolle. Sie forciert den Bahnausbau und wirkt damit stark raumgestaltend. Mit ihren betriebswirtschaftlichen Zielen verstärkt die SBB aktuelle Raumentwicklungstrends wie Mobilitätssteigerung, längere Pendlerdistanzen und damit die Zersiedlung. Es ist aber eine übergeordnete politische Frage, ob bestehende raumplanerische Trends verstärkt oder abgeschwächt werden

sollen und nicht eine Frage der betriebswirtschaftlichen Ziele eines Bundesbetriebs. Der Bund und die SBB wirken hier ihren eigenen raumplanerischen Zielen entgegen, obwohl alle diese Themen im selben Departement bearbeitet werden!

«Das Bewusstsein für Raumplanung wächst mit der Problemwahrnehmung bei der abnehmenden Qualität des Lebensraumes.»

Die Durchmesserlinie Zürich ist ein prototypisches Beispiel: Sie ist ursprünglich eine Idee aus Kreisen des VCS und eines meiner Vorgänger bei der NZZ mit dem nachvollziehbaren Ziel, die Erschliessung der Agglomeration Zürich zu verbessern. Die SBB haben das Projekt in eigener Regie erweitert, weil sie damit ihren Fernverkehr optimieren und beschleunigen können. Galt eine Reisezeit von unter einer Stunde im Rahmen des Konzepts «Bahn 2000» in den 1980er-Jahren noch als erstrebenswert, widerspricht dieses Ziel heute strenggenommen dem Raumkonzept, weil dadurch das Pendeln zwischen Zürich und St. Gallen gefördert wird.

C: Gibt es denn eine Alternative zum ewigen Infrastrukturausbau?

PS: Die Auslastung des ÖV-Regionalverkehr liegt bei unter 20 Prozent, beim Fernverkehr um 30 Prozent. Hier müssten bestehende Kapazitäten besser ausgenutzt werden. Da sind für mich auch in den Spitzenzeiten Stehplätze im ÖV kein Tabu mehr. Eine Abkehr vom Infrastrukturausbau wäre sinnvoll, aber ein Ausbrechen aus der Spirale des stetigen Infrastrukturausbaus ist nicht absehbar. Dies führt aber letztlich zu einer massiven Verteuerung für den Staat und die Kundschaft. Wegen der hohen Verkehrsspitzen wird die Infrastruktur immer teurer. Das ist doch widersinnig. Wenn die Nachfrage steigt, sollte der Preis doch eigentlich sinken.

C: Das bedeutet, dass Ihrer Meinung nach die Abstimmung von Raum- und Infrastrukturentwicklung nicht funktioniert?

PS: Infrastruktur- und Raumentwicklung müssten noch vermehrt gemeinsam geplant werden. Zwar wird dieser raumplanerische Grundsatz vermeintlich nachgelebt, aber er wird auf zu engem Perimeter betrachtet. Der Kanton Bern hat mit guten raumplanerischen Absichten die sogenannten Entwicklungsschwerpunkte (ESP) an ÖV-Knotenpunkten forciert. Die Ver-

legung von vielen Arbeitsplätzen aus dem Zentrum an die ESPs (z.B. Ittigen) bedingt nun den massiven Ausbau des Bahnhofs Bern. Das Ziel, die Verkehrs- und Raumentwicklung aufeinander abzustimmen, wurde damit nicht erfüllt. Das gezielte Verdichten im Zentrum von Bern wäre aus

meiner Sicht hier die bessere Lösung gewesen und hätte qualitativere Lebens- und Arbeitsumgebungen ergeben als in der Agglomeration.

C: Die Bevölkerung fürchtet sich jedoch vor der Verdichtung, weil diese oft mit dem Verlust vertrauter Ortsbilder einhergeht.

PS: Die negative Wahrnehmung von Verlusten im Siedlungs- und Lebensraum ist häufig ein Misstrauen gegenüber unserer Zeit. Die Verdichtung hat immer auch mit dem entsprechenden Tempo zu tun. Mit dem KKL Luzern gibt es ein sehr gutes Beispiel: Wo ein Baudenkmal stand, wurde eine kulturelle Institution ge-

schaffen, die weit über die Landesgrenzen ausstrahlt, an zentraler und exponierter Lage am See steht und eine hohe Akzeptanz genießt. Verdichtung kann sehr positive Effekte haben.

C: Kommen wir zurück zur Agglomeration. Ein Thema der künftigen Schweizer Raumplanung?

PS: Unbedingt. Und gerade in der Agglomeration muss die Siedlungs- und Infrastrukturpolitik intensiv aufeinander abgestimmt werden. Jede Agglomeration muss ausgehend von der Grösse und Struktur der Kernstadt betrachtet werden. Mit Ausnahme von Zürich, lassen sich in vielen Schweizer Städten seit jeher in 20 Minuten Fussdistanz ab dem Hauptbahnhof grosse Stadtgebiete erreichen. Zürich nimmt hier aufgrund ihrer Grösse eine spezielle Stellung ein. In Zürich ist eine Dezentralisierung von Funktionen in die Agglomeration sinnvoll, weil die Kernstadt in Bezug auf Grösse und Erreichbarkeit für Nutzungen in der Kernstadt für Aktivitäten zu Fuss limitiert ist. Andere Agglomerationen wie z.B. Bern erträgt aufgrund ihrer Grösse eine starke innere Verdichtung, weil eben die Verdichtung innerhalb des Fusswegperimeters von 20 Minuten um den Bahnhof erfolgen kann. In diesen Fällen geht die Dimension des Fussverkehrs oft verloren. Dieser wäre aber bezüglich Infrastrukturkosten und Lebensqualität die beste und effizienteste Verkehrsart.

C: Landschaftsentwicklung in Agglomerationen?

PS: Dies wird ein wesentliches Thema der aktuellen und künftigen Raumentwicklung. Die Agglomeration muss zwingend zum qualitätsvollen Lebensraum mit zu Fuss und Velo erreichbaren wertvollen Landschaftsräumen entwickelt werden.

C: Bewirkt die Raumplanung Wachstumsbegrenzung und Strukturhaltung?

PS: Das Beispiel des Kantons Zug zeigt, dass Raumplanung ein Mittel zur Lenkung des Wachstums sein kann. Die Umsetzung des neuen kantonalen Richtplanes wird spannend. Bei der Strukturhaltung stellt sich die Grundsatzfrage, ob diese gewünscht ist, respektive wie lange sich die Schweiz diese noch leisten kann.

C: Es gibt aber keine Anzeichen dafür, dass in der Schweiz Siedlungsräume aufgegeben werden.

PS: Stimmt, solange sich die Schweiz diese Strukturhaltung leisten kann. Für die Strukturhaltung vermag die Raumplanung mit dem RPG wie bereits erwähnt kaum Lösungen zu bieten. Strukturhaltung über Raumplanung ist nicht möglich.

C: Sind denn hier Prozesse wie eine «Biosphäre» die Lösungsansätze?

PS: Meiner Meinung nach wird ein Prozess für eine Biosphäre gestartet, wenn man nicht mehr weiss, wie es weitergehen soll. Zur Strukturhaltung trägt dieser Prozess wenig bei. Der Verlust an hochwertigen Arbeitsplätzen kann die Raumplanung allein nicht aufhalten. Arbeitsplätze zum Erhalt des gesell-

schaftlichen Lebens können meist nicht mehr oder nur mit Personen fremder Kulturen besetzt werden. Es wird im Entlebuch zwar wieder mehr Wohnraum geschaffen, dies ist aber kaum Erfolg des Biosphärenreservats sondern Konsequenz einer relativ guten Verkehrsinfrastruktur und tiefer Bodenpreise. Damit reduziert sich die Reservatsidee auf die Marketingstrategie für lokale landwirtschaftliche Produkte. Dies ist nicht grundsätzlich schlecht, aber kein Modell für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung.

C: Gibt es aus Ihrer Sicht Ansätze in europäischen Ländern, welche die Schweiz zur Lösung vergleichbarer Probleme übernehmen könnte?

PS: Ja da gibt es meines Erachtens verschiedene: Die Niederlande sind in Bezug auf gelebte Bevölkerungsdichte, die qualitätsvolle Gestaltung des Lebensraumes und die Reduktion des Wohnraumbedarfs sehr fortschrittlich, das Bewusstsein im Umgang mit dem Boden ist dort sehr ausgeprägt.

In Holland gibt es nur eine Ebene als Lebensraum und diese muss bewusst qualitätsvoll gestaltet werden. Die Schweiz hat drei Stufen: Ebene, Hügel, Berg. Wir müssen nicht so subtil mit der Gestaltung unseres Lebensraumes umgehen, weil wir immer wieder in die schöne Hügel- und Berglandschaft fliehen können. Hier wird unsere Ressource Landschaft zum Bumerang: Wir sind offensichtlich nicht in der Lage, einen Lebensraum so qualitätsvoll zu gestalten wie die Niederländer! Die Niederländer müssen sich ein Bühnenbild erschaffen, die Schweizer können sich darauf beschränken, ihr vorhandenes Bühnenbild mit den Bergen zu geniessen.

Von Deutschland könnten wir bezüglich Dialogkultur lernen. Wir verstecken uns immer hinter den direktdemokratischen Mitteln. In Deutschland, wo diese Mittel nicht vorhanden sind, muss für die erfolgreiche Umsetzung von Infrastrukturprojekten und Stadterweiterungen der direkte Dialog mit der Bevölkerung aktiv gesucht werden. Wir sollten in der Schweiz Mediationsmechanismen entwickeln, die

dazu beitragen, dass beschlossene und finanzierte Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel der Autobahnausbau am Gubrist, nicht jahrelang durch Beschwerden blockiert werden können.

C: Was muss Ihrer Meinung nach geschehen, damit unser Lebensraum eine höhere Qualität erfährt?

PS: Der Bewusstsein im Umgang mit der Ressource Boden, die Sensibilität für unseren Lebensraum und unsere Ansprüche an Wohnraum müssen sich ändern. Der Bewusstseinswandel lässt sich jedoch nicht erzeugen, sondern ist letztlich reine Überzeugungsarbeit. Er wächst nur mit der subjektiv wahrgenommenen Dichte des Lebensraumes. Zudem muss jeder von uns seine Einstellung zu Wohlstand und Lebensraum anpassen, was uns nicht leicht fällt. Es ist paradox: Weil die Ressource Boden begrenzt ist, bedingt das wirtschaftsliberale Erfolgsmodell Schweiz, wenn es weiterhin ein solches bleiben soll, zunehmend eine straffe Planung. Planung, die bisweilen geradezu sozialistische Züge annimmt, ja annehmen muss.

«Die Niederländer müssen sich ein Bühnenbild erschaffen, die Schweizer können sich darauf beschränken, ihr vorhandenes Bühnenbild mit den Bergen zu geniessen.»

«Weil die Ressource Boden begrenzt ist, bedingt das wirtschaftsliberale Erfolgsmodell Schweiz... zunehmend eine straffe Planung, die bisweilen geradezu sozialistische Züge annimmt.»

C: Ist der – trotz neuem Raumplanungsgesetz – immer noch starke Föderalismus zu Gunsten der Kantone und Gemeinden noch zeitgemäss, um die aktuellen raumplanerischen Fragestellungen zu bewältigen?

PS: Der Föderalismus ist Realität, für eine konsequente Raumplanung aber nicht förderlich. Hier muss mit enorm viel Überzeugungsarbeit eine Zieldefinition für die Qualität unseres Lebensraumes über institutionelle Grenzen hinweg erreicht werden. Eine Kooperation zwischen den Kantonen und dem Bund scheint realistisch. In ländlich geprägten Kantonen wird die Gemeindeautonomie aber kaum zu durchbrechen sein.

In Gesprächen im Zusammenhang mit unserem Buchprojekt stellten wir fest, dass selbst langjährig aktive Gemeindepräsidenten aus dem rechtsbürgerlichen Parteienspektrum ratlos das Ortsbild ihrer Gemeinde betrachten und über ihr mitverantwortetes Handeln schockiert sind. Hier ist die Kommunalpolitik offensichtlich an Grenzen gestossen.

C: Wer sollte Ihrer Meinung nach den Lead über die Raumplanung Schweiz haben?

PS: Der Bund und die Kantone. Der Bund und die bundesnahen Betriebe wie die SBB sind jedoch selbst in ihrem Handeln nicht konsequent. Über die Infrastrukturentwicklung führt der Bund immer wieder seine eigene Raumplanungspolitik ad absurdum, siehe dazu das bereits erwähnte Beispiel zur Durchmesserlinie in Zürich.

C: Die Frage zum Abschluss: Das Immobilienportal der NZZ hat die Schweiz in einen Wohnungsgrundriss aufgeteilt. Wie sieht «Ihre Raumplanungsschweiz» aus?

PS: Schwierig zu sagen: Ich würde um die urbanen Zentren mehrere konzentrische Kreise ziehen. In diesen Zentren – insbesondere in den Kantonen Zürich und Zug – ist eine hohe Qualität und Konsequenz in Stadt- und Raumplanung festzustellen. Doch je weiter man sich von den urbanen Zentren entfernt, desto diffuser sind die Raumplanung und die Qualität des gestalteten menschlichen Lebensraumes! Am äussersten Rand dieser Kreise steht wohl der Kanton Wallis.

Es ist für mich rätselhaft, warum zwei topografisch und räumlich vergleichbare Kantone wie Graubünden und Wallis so unterschiedliche Lebensraumqualitäten aufweisen. Ob dies gesellschaftliche oder allenfalls konfessionelle Hintergründe hat, wäre ein interessantes Forschungsthema. Oder wenn wir beim Bild der Kulisse bleiben: der Kanton Wallis hat die wohl eindrücklichste Bergkulisse der Schweiz. Die Notwendigkeit einen qualitätsvollen Lebensraum zu schaffen, ist hier offensichtlich nicht gegeben.

ZUM INTERVIEWPARTNER

Paul Schneeberger – 1968 in Luzern geboren – ist seit 1988 journalistisch tätig. Er hat seine Ausbildung mit dem Studium der Allgemeinen Geschichte, der Politischen Wissenschaften und des Allgemeinen Staatsrechts in Zürich abgeschlossen. Bei der NZZ ist Paul Schneeberger seit 2001 als Redaktor im Ressort Inland tätig und hauptsächlich für Fragen des Verkehrs, der Post, der Raumordnung und des öffentlichen Dienstes im Allgemein zuständig. Paul Schneeberger hat sich insbesondere im Vorfeld und während der Abstimmung zum neuen Raumplanungsgesetz im März 2013 intensiv mit der Raumplanung Schweiz auseinander gesetzt und dabei journalistisch gut aufbereitete Informationsarbeit geleistet.



Im Herbst 2013 wird in Zusammenarbeit mit Matthias Daum sein neues Buch «DAHEIM eine Reise durch die Agglomeration» erscheinen, welches über Interviews mit verschiedenen Personen ein Portrait des Agglomerationsraumes Koblenz-Zürich ergibt.

WEITERFÜHRENDE LINKS

www.daheiminderagglo.ch

RÉSUMÉ

Entretien avec Paul Schneeberger

La rédaction de COLLAGE a évoqué avec Paul Schneeberger, journaliste à la NZZ, la diversité des problématiques d'aménagement du territoire en Suisse. De son point de vue, le récent scrutin populaire relatif à la LAT a vu la société urbaine s'imposer face à la société rurale.

Existe-t-il, en aménagement du territoire, des différences régionales? Schneeberger estime que la conscience qu'a la population de la nécessité de maîtriser le développement territorial dépend dans une large mesure de l'intensité des problèmes liés à l'aménagement du cadre de vie. C'est ce qu'illustre bien l'exemple du canton de Zoug, qui réagit à la situation actuelle – rareté du sol, etc. – par des mesures très interventionnistes. Selon Schneeberger, le modèle économique libéral auquel la Suisse doit son succès conduit forcément, du fait de l'exiguïté du territoire, au socialisme planificateur.

Pour Schneeberger, le principal défi à relever réside dans la nécessité de penser en réseau et d'élaborer une véritable politique commune de développement du territoire et des infrastructures. Pour ce faire, il s'agit d'abord de définir les objectifs à atteindre, puis de dégager les moyens financiers nécessaires. Or, il apparaît aujourd'hui que la double action de la Confédération et des CFF contrevient précisément aux objectifs identifiés. En témoigne l'exemple de la ligne diamétrale de Zurich qui, à l'encontre de l'objectif initial de mieux desservir l'agglomération zurichoise, raccourcit le temps de trajet entre Zurich et Saint-Gall et favorise de ce fait les déplacements pendulaires.

Lorsqu'on l'interroge sur les solutions que la Suisse pourrait reprendre d'autres pays confrontés à des problèmes comparables, Schneeberger évoque le cas des Pays-Bas, qui gèrent la ressource sol avec beaucoup de circonspection et de doigté. Ne bénéficiant pas du «décor» à trois plans – plateaux, collines, montagnes – qu'offre la Suisse, les Hollandais doivent créer le leur de toutes pièces et organiser leur espace de vie de façon plus subtile. En Suisse, le paysage est d'une telle qualité que l'on consent moins d'efforts en matière d'urbanisation. Par ailleurs, la Suisse pourrait beaucoup apprendre de la culture allemande du dialogue, toutes démocratiques que soient nos propres institutions.